Wenn dieser Newsletter nicht richtig angezeigt wird, klicken Sie bitte hier.

BERLIN KOMPAKT

NEUES AUS DEM BUNDESTAG UND DEM WAHLKREIS

Newsletter von Sabine Dittmar, Bundestagsabgeordnete im Wahlkreis 248

Ausgabe 8/2023

Liebe Leserinnen und Leser,

der demografische Wandel führt in Deutschland zu einem Mangel an Fach- und Arbeitskräften in vielen Bereichen. Fehlendes Personal droht zur Wachstumsbremse Nummer eins zu werden. Die Koalition hat darauf reagiert und im Oktober 2022 eine Fachkräftestrategie vorgelegt. Kern der Strategie ist inländische Potenziale auf dem Arbeitsmarkt durch bessere Aus- und Weiterbildung zu heben sowie Hürden bei der Fachkräfteeinwanderung aus dem Ausland zu beseitigen. Wir wollen kluge Köpfe und helfende Hände aus aller Welt für uns gewinnen.

Gleichzeitig wollen wir junge Menschen bei der Ausbildung und Beschäftigte bei notwendigen Weiterbildungen stärker unterstützen. In dieser Woche haben wir zwei Gesetzentwürfe beraten, mit denen wir diese beiden Baustellen anpacken: das Aus- und Weiterbildungsgesetz sowie das Fachkräfteeinwanderungsgesetz.

Mit dem Aus- und Weiterbildungsgesetz gehen wir einen großen Schritt in Richtung Weiterbildungsrepublik. Wir führen eine Ausbildungsgarantie und geförderte Berufsorientierungspraktika für junge Menschen ein. Wer für die Ausbildung die eigene Region verlassen muss, erhält einen Mobilitätszuschuss für Familienheimfahrten. Auch für Beschäftigte, die bereits im Berufsleben angekommen sind, bringt das Gesetz Verbesserungen. Wir führen feste Förderhöhen für Weiterbildung ein und öffnen die Förderung grundsätzlich für alle Betriebe. Zudem schaffen wir ein neues Instrument zur Bewältigung des Strukturwandels: das Qualifizierungsgeld. Wenn Unternehmen durch den Strukturwandel der Verlust von Arbeitsplätzen droht, können sie für ihre Beschäftigten das Qualifizierungsgeld erhalten, um ihnen durch Weiterbildung eine zukunftssichere Beschäftigung im gleichen Unternehmen zu ermöglichen. Dadurch können die Beschäftigten sich weiterbilden und als Fachkräfte im selben Unternehmen bleiben und neue Aufgaben übernehmen. So gestalten wir den Umbau der Industrie hin zur Klimaneutralität sozial gerecht und sorgen zugleich für Stabilität und Verlässlichkeit auf dem Arbeitsmarkt.

Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz werden wir den Realitäten endlich gerecht: Deutschland ist ein Einwanderungsland. Wir brauchen qualifizierte Zuwanderung in unseren Arbeitsmarkt. Indem wir Hürden im Einwanderungsrecht beseitigen, eröffnen wir Menschen aus Nicht-EU-Ländern künftig deutlich mehr Möglichkeiten, hier zu arbeiten. Künftig soll die Erwerbseinwanderung auf drei Säulen basieren: Qualifikation, Erfahrung und Potenzial. Das ist ein erster Schritt, in den kommenden Monaten werden wir mit besseren Integrationsmöglichkeiten, der Familienzusammenführung und der doppelten Staatsbürgerschaft weitere entscheidende Weichen für eine progressive Migrationspolitik stellen.

Für viele Menschen sind die hohen Preise für Energie und Lebensmittel eine große Heraus-forderung. Besonders Menschen mit geringem Einkommen leiden unter der Inflation, denn sie müssen anteilig mehr für Grundnahrungsmittel und Energie ausgeben. Deshalb hat die Koalition in den vergangenen Monaten zahlreiche Entlastungen für die Bürger:innen durchgesetzt. Wir haben die Gas- und Strompreise reduziert,

Direktzahlungen durchgesetzt, Hartz IV durch das Bürgergeld ersetzt und das Wohngeld massiv ausgebaut. Das alles ge-meinsam mit den Gewerkschaften, die am 1. Mai wieder zu Kundgebungen am Tag der Arbeit aufrufen – aktueller als jetzt könnte die Forderung nach höheren Löhnen kaum sein. Wir sind solidarisch mit den streikenden Beschäftigten, die ihr gutes Recht einfordern. Neben den Tariflöhnen werden auch der Mindestlohn und die Renten steigen müssen, um Kaufkraftverluste angemessen auszugleichen.

In diesen Tagen schauen wir mit Sorge in den Sudan nach Ostafrika. Seit Mitte April herrscht dort ein Machtkampf zwischen der sudanesischen Armee und einer paramilitärischen Gruppe, der bereits mehrere Hunderte Tote und Verletzte gefordert hat, darunter zahlreiche Zivilist:innen. Auch internationale Hilfsorganisationen und diplomatische Liegenschaften wurden landesweit angegriffen. Gemeinsam mit anderen Staaten hat Deutschland deshalb deutsche Staatsangehörige und Personen aus anderen Ländern evakuiert und in Sicherheit gebracht. Dafür gebührt den Soldat:innen der Bundeswehr großer Dank. Wir haben im Bundestag in dieser Woche nachträglich ein entsprechendes Bundeswehrmandat beschlossen. Eine vorherige Befassung hätte die Evakuierung verzögert und das Leben vieler Menschen gefährdet.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen meines Newsletters und freue mich über Anregungen und Feedback!

Ihre

Soziale Politik für Dich

Für mehr Inklusion im Arbeitsleben!

Der Arbeitsmarkt soll allen Menschen offenstehen – egal, ob mit oder ohne Behinderung. Leider drücken sich einige Unternehmen davor, Menschen mit Behinderung einzustellen, obwohl sie dazu verpflichtet sind. Damit sich das ändert, müssen Arbeitgeber, die keinen einzigen schwerbehinderten Menschen beschäftigen, in Zukunft eine höhere Abgabe zahlen.

Konkret führen wir mit dem Gesetz zum inklusiven Arbeitsmarkt, das wir in der vergangenen Woche beschlossen haben, eine vierte Staffel der Ausgleichsabgabe für Arbeitgeber ein. Das heißt: Die sogenannten „Null-Beschäftiger“ zahlen dann 720 Euro monatlich, doppelt so viel wie bisher. Wir ermöglichen damit mehr Menschen mit Behinderung eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt und sorgen für mehr Gerechtigkeit.
Außerdem können Arbeitgeber künftig höhere Lohnkostenzuschüsse von der Arbeitsagentur erhalten, wenn sie Menschen mit Behinderung beschäftigen („Budget für Arbeit“). Die Einnahmen aus der Ausgleichsabgabe werden wir vollständig in die Beschäftigungsförderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt investieren. Leistungen des Integrationsamtes werden schneller genehmigt, etwa für eine Arbeitsassistenz oder eine Berufsbegleitung.

Mit dem Gesetz machen wir einen großen Schritt in Richtung einer inklusiven Gesellschaft und setzen eine langjährige Forderung der Verbände der Menschen mit Behinderung um, die CDU und CSU immer blockiert haben.

Renten steigen um mehr als vier Prozent

Wer viele Jahre hart arbeitet, muss auch im Alter gut davon leben können. Die solidarisch finanzierte gesetzliche Rentenversicherung ist dafür der entscheidende Garant. Durch die Rentenanpassung steigen die Renten zum
1. Juli im Westen um 4,39 Prozent und im Osten sogar um 5,86 Prozent.

Durch steigende Löhne und die gute Entwicklung des Arbeitsmarktes erreichen wir damit das Ziel der Rentenangleichung von Ost und West ein Jahr früher als geplant. Das ist ein großer Erfolg sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik und insbesondere ein Verdienst des Arbeits- und Sozialministers Hubertus Heil.

Mit dem zweiten Rentenpaket werden wir das Rentenniveau von mindestens 48 Prozent auch über 2025 hinaus langfristig sichern und die gesetzliche Rente weiter stärken. Alle Menschen können sich damit auch in Zukunft auf die gesetzliche Rente verlassen.

Leistungsanpassungen und weniger Eigenanteile in der Pflege

In dieser Woche haben wir im Bundestag den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen zur Unterstützung und Entlastung in der Pflege beraten.

Auf die steigenden Kosten in der stationären und ambulanten Pflege reagieren wir, indem wir die Pflegeversicherung finanziell stabilisieren und zugleich Leistungen anpassen. Wir entlasten pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen und schaffen die Voraussetzungen für mehr Pflegepersonal.

Konkret ist vorgesehen, das Pflegegeld sowie die Pflegesachleistungen ab 2024 jeweils um fünf Prozent zu erhöhen. 2025 werden diese Leistungen dann erneut um fünf Prozent erhöht, ab 2028 steigen sie entsprechend der Inflation. Wer Angehörige pflegt, kann das Pflegeunterstützungsgeld pro Jahr für bis zu zehn Arbeitstage in Anspruch nehmen. Der Anstieg der Eigenanteile von Pflegebedürftigen in Heimen wird gebremst, indem die Zuschläge von der Pflegekasse ab 2024 auf bis zu 75 Prozent angehoben werden.

In der stationären Pflege wird das sogenannte Personalbemessungsverfahren durch zusätzliche Ausbaustufen beschleunigt. Ein Kompetenzzentrum Digitalisierung und Pflege wird eingerichtet. Das Förderprogramm für digitale und technische Anschaffungen in Pflegeeinrichtungen in Höhe von insgesamt etwa 300 Millionen Euro wird um weitere Fördertatbestände ausgeweitet und bis zum Ende des Jahrzehnts verlängert.

Um die Pflegeversicherung finanziell zu stabilisieren, steigt der Beitragssatz ab Juli 2023 um 0,35 Prozentpunkte an – also von derzeit 3,05 auf 3,4 Prozent des Bruttolohns. Kinderlose zahlen einen Zuschlag von 0,6 Beitragssatzpunkten. Laut einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom April 2022 muss der Beitragssatz nach Kinderzahl differenziert wer-den. Dies setzen wir nun um. Ab dem zweiten Kind sinkt der reguläre Beitragssatz je Kind um 0,25 Prozentpunkte, bis diese 25 Jahre alt sind.

Ein Beispiel: Eine Familie mit drei minderjährigen Kindern zahlt dann nur noch 2,90 Prozent, also weniger als bisher. Wenn die Kinder aus dem Haus sind, zahlen die Eltern wieder dauerhaft 3,4 Prozent – und damit weniger als Kinderlose, für die der Zuschlag von 0,6 Beitragssatzpunkten gilt.

Im parlamentarischen Verfahren setzen wir uns für Verbesserungen in der häuslichen Versorgung ein, da die Steigerung der Pflegekosten in den letzten Jahren diesen Bereich härter getroffen hat. Anders als in der stationären Pflege gibt es hier keine Eigenanteilsbegrenzung. Derzeit werden 85 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause versorgt. Sie und ihre Angehörigen benötigen mehr Unterstützung, damit diese wichtige Säule in der Versorgung nicht wegbricht.

"Erwachsene im Erwerbsalter" Thema am Runden Tisch

Beim 4. Runden Tisch "Bewegung und Gesundheit", der in dieser Woche stattfand, waren diesmal „Erwachsene im Erwerbsalter“ das Thema. Erneut ist es uns gelungen, äußerst engagierte Vortragsgäste für den Austausch zu gewinnen, die uns Impulse und Statements aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln gegeben haben. Im Mittelpunkt unserer Sitzung standen Menschen sehr unterschiedlichen Alters und damit auch unterschiedlicher Lebenssituationen. Es ging unter anderem um Bewegungsförderung im Betrieb, die Rolle von Sportvereinen und Gesundheitsstudios und die Frage, welche Angebote für Erwerbslose notwendig sind.

Befragung der Bundesregierung

Die Befragung der Bundesregierung ist fester Bestandteil der Sitzungswochen im Deutschen Bundestag. In der ersten der beiden April-Sitzungswochen stand unter anderem unsere Außenministerin Annalena Baarbock den Abgeordneten Rede und Antwort. Dabei ging es vor allem um den China-Besuch der Ministerin, der kurz zuvor stattgefunden hatte. Ich durfte auf der Regierungsbank hautnah dabei sein.

Wer sich die ganze Rgeierungsbefragung anschauen möchte, in der auch Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger ausführlich zu Wort kommt, findet den Stream der Sitzung hier.

Austausch mit der Bundesvertretung der Medizinstudierenden Deutschland

In der vergangenen Woche habe ich mich im Bundesgesundheitsministerium mit den Sprecher:innen der Bundesvertretung der Medizinstudierenden Deutschland getroffen. Ein sehr interessanter Austausch, der mich natürlich auch ein wenig in meine Zeit als Medizinstudentin in Würzburg zurückversetzt hat. Viele der Probleme, die es damals gab, sind heute längst gelöst. Dafür gibt es neue Wünsche und Ideen der Studierenden, die wir im Gespräch erörtert haben. Schön, dass es so engagierte angehende Medizinier:innen gibt, die sich auch für ihre Mitstudierenden einsetzen und über den Tellerrand der Universität hinausblicken.

Sozialwahl 2023 - jetzt Ihre Stimme abgeben

In diesen Tagen erhalten gut 52 Millionen Versicherte der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung ihre Wahlunterlagen für die Sozialwahl 2023. Ein Schreiben, dem man in jedem Fall Beachtung schenken sollte. Und das nicht nur, weil die Sozialwahl nach der Bundestags- und Europawahl die drittgrößte in Deutschland ist.

Die Sozialwahl ist wichtig! Sie ist gelebte Bürgerbeteiligung! Geben Sie Ihre Stimme ab! Wer mitmacht stärkt die demokratische Selbstverwaltung und kann Einfluss auf die Zusammensetzung der sozialen Selbstverwaltungsgremien und ihre Arbeit nehmen. Bis 31. Mai kann man seine Stimme abgeben. Es dauert nur ein paar Minuten, stärkt aber die soziale Selbstverwaltung für die kommenden sechs Jahre. Die Selbstverwaltungen sind wichtig für Versicherte und deren Anliegen. Die gewählten Interessenvertreter wissen sehr viel über Probleme, mit denen Versicherte im Alltag immer wieder konfrontiert werden. Mit ihren Erfahrungen sind sie auch für uns in der Politik ein wichtiger und kenntnisreicher Gesprächspartner.

Neben der Möglichkeit zur Briefwahl kann ein Teil der Wähler:innen im Rahmen eines Modellprojekts in diesem Jahr auch erstmals bei der Sozialwahl online abstimmen. Eine Entwicklung, die ich ausdrücklich begrüße. Gerade die Online-Wahl bietet die Chance, neue Wählergruppen zu erschließen und damit die Wahlbeteiligung insgesamt zu steigern. Vor allem für jüngere und technikaffine Menschen könnte die Wahl attraktiver und die Hürde, sich zu beteiligen, niedriger werden.

2023 können zunächst die Versicherten der fünf Ersatzkassen (TK, BARMER, DAK-Gesundheit, KKH und hkk) online abstimmen. Das Bundesministerium für Gesundheit begleitet das Projekt wissenschaftlich. Wir wollen Erfahrungen sammeln, ob dauerhaft eine Online-Wahl auch bei anderen Sozialversicherungsträgern durchgeführt werden kann. Wichtig ist aber auch, dass die Briefwahl als Alternative bestehen bleibt.

Alle Infos zur Sozialwahl 2023 finden Sie hier!

Zu Gast in der Kinder- und Jugendpsychiatrie am Leopoldina

Anfang April habe ich mich in der Kinder- und Jugendpsychatrie des Leopoldina-Krankenhaus Schweinfurt mit Chefarzt Dr. Wolfgang Briegel und seinem Team zu einem Informationsaustausch getroffen. Die Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie wurde 2006 gegründet und in den vergangenen Jahren deutlich erweitert. Neben einer Tagesklinik für Kindergarten und Grundschulkinder gibt es auch eine offene und eine geschlossene Station mit jeweils neun Betten. Danke an die leitende Psychologin Martina Schimeck, Peter Bischoff aus dem Team des Pflege- und Erziehungsdienstes sowie dessen Leiter Christian Schäflein für die sehr interessanten Einblicke und das offene Ansprechen der Problemlagen.

Austausch mit dem unterfränkischen Polizeipräsidenten Detlev Tolle

Kurz nach Ostern habe ich mich in Würzburg mit dem unterfränkischen Polizeipräsidenten Detlev Tolle, der aus Hammelburg in meinem Wahlkreis stammt, zu einem Austausch getroffen. Als Bundestagsabgeordnete ist es mir wichtig, zu wissen, wo die Polizei in meiner Region der Schuh drückt und in welchen Bereichen es bei uns Schwerpunkte bei den Delikten oder Unfällen gibt. Danke für das sehr interessante und angenehme Gespräch!

Besuch im Klinikum Main-Spessart in Lohr am Main

In der Woche nach Ostern war ich auf Inititaitive von Landrätin Sabine Sitter im Klinikum Main-Spessart zu Besuch. Neben der medizinischen Versorgung im Landkreis Main-Spessart ging es in den Gesprächen, an denen auch meine Bundestagskollegen Bernd Rützel und Alexander Hoffmann teilnahmen, auch um die geplante Krankenhausreform und deren Auswirkung auf den Landkreis und das Klinikum Main-Spessart. (Foto: Klinikum Main-Spessart)

Termine im Wahlkreis

Kontakt

Team Bundestag

Abgeordnetenbüro Berlin
Telefon: 030 227-71810
sabine.dittmar@bundestag.de

Michael Frank - Büroleitung
Telefon: 030 227-71810

Markus Giesecke

Team Wahlkreis

Bürgerbüro Bad Kissingen
Telefon: 0971 6994949
sabine.dittmar.wk@bundestag.de

Karen Pohle - Büroleitung
Telefon: 0971 6994949

Carolin Schiefer

Telefon: 030 227-71811

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 0971 6994949

Spargasse 10
97688 Bad Kissingen

Bürgerbüro Haßfurt
Telefon: 09521 5048809
sabine.dittmar.ma07@bundestag.de

Marco Heumann
Telefon: 09521 5048809

Marktplatz 6
97347 Haßfurt

Abgehört!

SPD für die Ohren

Heute gibt es von mir einmal den etwas anderen Podcastz-Tipp! Unsere Wehrbeauftragte Eva Högl ist nämlich auch ein großer Fußballfan. Mit Arnd Zeigler spricht sie unter anderem über ihre beiden Herzensvereine, ihren aktuellen Lieblingsspieler Niclas Füllkrug, ihren perfekten Opa sowie ihre regelmäßigen Besuche bei Wind und Wetter in den Stadien. Außerdem erklärt sie, dass Fußball gelebt werden muss, es mehr Frauen im DFB braucht und dass sich das WM-Halbfinale 82 zwischen Deutschland und Frankreich bei ihr eingebrannt hat. Ein sehr interessantes Gespräch zweier, die zur Fraktion „Videotext“ zählen und sich einig sind, dass Demut eine Grundtugend jedes Fußballfans sein sollte.

Hier geht es zum Podcast!

Boris Pistorius erzählt, wie er seine ersten Monate als Verteidigungsminister erlebt hat, wie er die Bundeswehr fit für die Zukunft macht - und wie schnell er Olaf Scholz "Ja" zum neuen Amt gesagt hat.

Hier geht's zum Podcasst!

Datenschutz | Kontakt

Impressum

Sabine Dittmar, MdB
Bürgerbüro
Spargasse 10
97688 Bad Kissingen
fon +49-0-971-6994949
fax +49-0-971-6994950
E-Mail: sabine.dittmar.wk@bundestag.de

Newsletter weiterempfehlen

Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.